D-1 Nach der Klimaschutzgesetz-Novelle: Wissing muss liefern!

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)
Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes

Antragstext

Am 15. April 2024 haben die Spitzen der Ampel-Fraktionen im Bundestag bekanntgegeben, dass sie sich auf eine Reform des Klimaschutzgesetzes verständigt haben. Wir erkennen an, dass wir Grüne dabei einige Erfolge erzielen konnten. So muss die nächste Bundesregierung nun auch für den Zeitraum 2030-2040 konkrete Maßnahmen zum Erreichen der Klimaziele vorlegen. Die verbindliche Zielmarke von 88% Reduktion bis 2040 wird jetzt zum ersten Mal mit Zwischenzielen unterfüttert, auch wenn dafür kein Bundestagsbeschluss nötig gewesen wäre.

Verkehrsminister Wissing bleibt aufgefordert, mit entsprechenden Maßnahmen sicher zu stellen, dass auch der Sektor Verkehr die Zielvorgaben erreicht, z. b. durch

- Die Bundesregierung muss bis Mitte 2025 ein generelles Tempolimit von 120 km/h auf allen Autobahnen, von 80 km/h auf Landstraßen und von 30 km/h in den Ortszentren erlassen.
- Inlandsflüge sind so zu verteuern, dass sie mindesten dem regulären DB AG-Fahrpreis entsprechen. Dazu sind zunächst Steuervergünstigungen auf Kerosin für Inlandsflüge zu streichen. Kurzstreckenlinien- oder Charterflüge unter 500 km sind zu verbieten.
- Die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs sowie der Subvention der Dieselbesteuerung und anderer klimaschädlicher Subventionen müssen möglichst noch in der laufenden Regierungsperiode erfolgen.
- Der im Koalitionsvertrag vereinbarte Klimacheck muss dieses Jahr kommen. Neu zu bauende Autobahnprojekte müssen auf den ökologischen Prüfstand gestellt und neu bewertet werden. Die Gelder werden zugunsten der im Koalitionsvertrag festgehaltenen Investitionen in den Bahnbereich verwendet. Hier dürfen wir die Schienen-Infrastruktur nicht länger kaputtsparen.
- Die Ladesäuleninfrastruktur für E-Fahrzeuge muss ausgebaut und die Nutzung für E-Autofahrer*innen deutlich vereinfacht und möglichst verbilligt werden. Ideal wäre eine Abrechnung über den heimischen Stromtarif. Hierzu sollte die Bundesregierung innerhalb diesen Jahres einen Plan verkünden

Solarpaket in Geiselhaft

Uns ist auch klar, dass im Gegenzug für die Zustimmung zum neuen Klimaschutzgesetz auch eine Einigung für das Solarpaket ermöglicht wurde. Das ist wichtig und bietet substantielle Verbesserungen: speziell für die direkte Nutzung von Solarstrom in Mehrfamilienhäusern oder PV-Anlagen auf landwirtschaftlichen Flächen, aber auch für den Klimaschutz generell. Wir lehnen

es aber ab, wie das Solarpaket von der FDP in Geiselhaft genommen wurde, um es mit der Klimaschutzgesetz-Novelle zu verrechnen. Eine funktionierende Regierung sieht anders aus. Hier hätte der Kanzler ein Machtwort sprechen müssen. Zudem würden wir es begrüßen, wenn Freiflächen-Solaranlagen mit ökologischen Auflagen (Erhöhung des Modulabstands) verknüpft würden, damit diese einen Beitrag zur Biodiversität leisten können.

Die anderen müssen liefern, „Verkehr“ darf Klima schaden

Erkauft wurde das mit dem großen Nachteil, dass die bisher verbindlich vorgeschriebene, sinnvolle und wirksame Nachsteuerung durch Sofortprogramme für die einzelnen Sektoren (Verkehr, Energie, Gebäude, Industrie, Landwirtschaft und Forsten) bei Verfehlung der Sektorziele ersatzlos aufgegeben wird. Insbesondere der aktuelle Verkehrsminister wird damit vollständig aus der Verantwortung entlassen. Nun sollen Sektoren durch überdurchschnittliche Einsparungen die Verfehlungen der anderen Sektoren ausgleichen. Auf diese Weise wird nur die Verantwortung für die Klimaziele zwischen den Ressorts verschoben. Besonders nachlässige oder unwillige Ministerien, insbesondere der Verkehrsbereich, werden ohne Auflage aus ihrer Verantwortung entlassen. Sie müssen somit nicht ernsthaft handeln und schieben ihre Verantwortung auf die Allgemeinheit. Es darf aber kein Sektor aus der kurzfristigen Verantwortung entlassen werden. Maßnahmen zur CO2-Einsparung müssen in allen Sektoren so früh wie möglich und so kräftig wie machbar angestoßen werden. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund, dass alle Sektoren zur Treibhausgasneutralität im Jahr 2045 verpflichtet sind.

Das Klimaschutzgesetz wurde von einer GroKo verabschiedet, nachdem diese durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu mehr Klimaschutz gezwungen wurde. Wir akzeptieren es nicht, dass die Nachfolge-Regierung mit unserer Beteiligung nun für einen kurzfristigen Zeitraum ihre Klimaschutzziele im Vergleich zur Vorgängerregierung – wenn auch angeblich nur vorübergehend - deutlich verringert. Trotz des großen Respekts vor der Leistung unserer Verhandler*innen lehnen wir diese Novelle in der Gesamtbilanz ab. Damit stellen wir uns an die Seite von zahlreichen Expert*innen aus der Klimaschutzbewegung, welche die Neufassung des Gesetzes ebenfalls ablehnen. Wir stellen weiter fest, dass auch die neu verhandelten Ziele nicht reichen werden, um die Klimaziele auch nur annähernd zu erreichen. Zur Erinnerung: das 1,5°-Ziel ist Geschichte, mittlerweile hat die weltweite Erderwärmung über 12 Monate hinweg diesen Wert überschritten.

Erpressung mittels Panikmache – nicht mit uns!

Insbesondere der Zeitpunkt dieser Einigung lässt uns in der Öffentlichkeit unvorteilhaft dastehen. Bundesverkehrsminister Wissing hatte noch am Freitag zuvor faktenwidrig und in bewusst betriebener Panikmache gedroht, dass der Rückstand der CO2-Einsparungen im Verkehrssektor nur mit Fahrverboten im Autoverkehr aufgeholt werden könne. Die darauffolgende Einigung gleicht einem Einknicken vor einer inhaltsleeren, völlig unrealistischen Drohung und die FDP kann sich wieder einmal damit rühmen, sich erfolgreich durchgesetzt zu haben. Im Gegenteil: Durch das Aufschieben notwendiger Maßnahmen - vor allem im Verkehrsbereich - steigt die Gefahr umso härterer Maßnahmen in späteren Jahren. Das hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Klimabeschluss klar gemacht.

Dieser Kompromiss führt deswegen, anders als Volker Wissing behauptet, nicht dazu, dass Fahrverbote verhindert wurden, sondern erhöht das Risiko von Fahrverboten in der nächsten Dekade.

Wissings Versäumnisse werden teuer

Schon in der letzten Periode der Lastenteilungsverordnung hat Deutschland seine Ziele nicht erreicht und musste hohe Ausgleichszahlungen an andere EU Mitgliedsstaaten leisten. Es ist zu befürchten, dass aufgrund der Verfehlungen im Gebäude- und Verkehrssektor in den nächsten Jahren deutlich höhere Zahlungen fällig werden. Und dies obwohl im Koalitionsvertrag fest vereinbart wurde, dass dies vermieden werden soll.

Wir Grüne stehen für einen echten, verantwortungsbewussten Klimaschutz. Wir schieben keine Verantwortung vor uns her und wir wollen unsere Bringschuld gegenüber zukünftigen Generationen erfüllen. Das müssen wir nun auch konsequent so in der Bundesregierung handhaben.

Begründung

Begründung der Dringlichkeit:

Am 15. April 2024 haben die Spitzen der Ampel-Fraktionen im Bundestag bekanntgegeben, dass sie sich auf eine Reform des Klimaschutzgesetzes verständigt haben. Daher war eine vorherige Antragstellung nicht möglich.

Begründung: erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); Christian Masser (KV Südliche Weinstraße); Christoph Jacky (KV Südliche Weinstraße); Ingo Kallenbach (KV Südliche Weinstraße); Stephan Buchner (KV Mainz-Bingen); Werner Schreiner (KV Südliche Weinstraße); Andreas Fladung (KV Südliche Weinstraße); Thorben Thieme (KV Neuwied); Immo Lugner (KV Vulkaneifel); Gunnar Mues (KV Neuwied); Helmut Ludewig (KV Mainz); Petra Jörns (KV Rhein-Pfalz); Kerstin Masser (KV Landau); Torsten Materna (KV Südliche Weinstraße); Simone Fischer-Gora (KV Südliche Weinstraße); Jeanette Klein (KV Rhein-Pfalz); Ralf Klein (KV Rhein-Pfalz); Maximilian Schwarz (KV Südliche Weinstraße); Henning Singer (KV Südliche Weinstraße); Dana-Theresa Krämer (KV Neuwied); Kristin Kosche (KV Rhein-Lahn); Peter Ziegler (KV Südliche Weinstraße); Andreas Preß (KV Mainz); Sabine Kuntz (KV Südliche Weinstraße); Manuel Arend (KV Birkenfeld); Alexandra Kaatz (KV Koblenz); Monja Roepke (KV Birkenfeld); Christina Flick (KV Birkenfeld); Alexandra Ercegovac (KV Birkenfeld); Oliver Leuker (KV Westerwald)